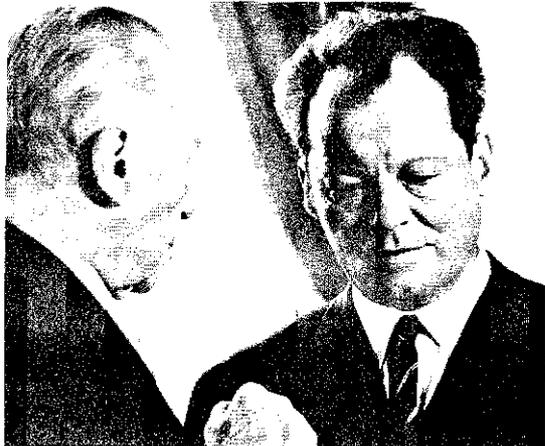


„Wer sich nicht wehrt, kommt unter die Räder“

Auf 680 Seiten hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt beschrieben, was ihm an „Begegnungen und Einsichten“ in den letzten 15 Jahren wesentlich erschien: Erinne-

rungen, deren Brisanz wie Reiz nicht zuletzt darin liegt, daß ein aktiver Politiker Vertrauliches über Zeitgenossen ausbreitet, die noch in Amt und Würden sind.



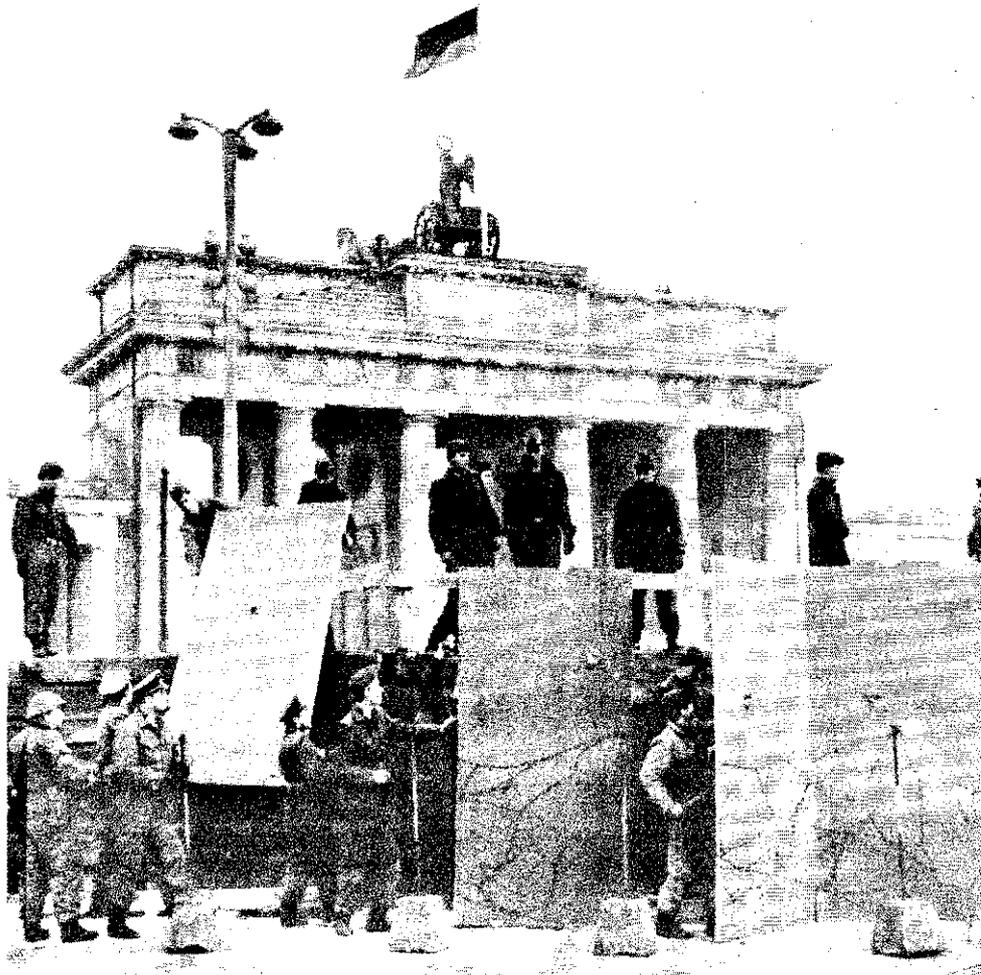
Adenauer, Brandt 1966

Im Spätsommer 1962 lag in Europa Krieg in der Luft. Am 7. September zitierten die drei alliierten Stadtkommandanten von Berlin den Regierenden Bürgermeister Willy Brandt in ihr Befehlszentrum im Olympiastadion und teilten ihm mit: Sowjetische Truppen konzentrierten sich um die ehemalige Hauptstadt, mit einem Handstreich gegen West-Berlin sei zu rechnen.

Panzereinheiten, so glaubten die Offiziere zu wissen, sollten die drei Westsektoren besetzen, in einer Blitzaktion die Gegenwehr der drei Schutzmächte unmöglich machen. Durch diesen Coup wolle KP-Chef Nikita Chruschtschow die Westmächte zwingen, seinem Plan einer vom Westen isolierten „freien Stadt“ zuzustimmen.

Der Bürgermeister hatte nach seinem Besuch beim Stab der Alliierten keinen Zweifel, daß die Schutzmächte trotz der Unterlegenheit ihrer Berliner Garnisonen den russischen Okkupanten entgegentreten und kämpfen würden.

Brandt fuhr in sein Rathaus zurück und riet engen Mitarbeitern: „Es ist gut, wenn ihr solides Schuhzeug parat habt – es kann sein, daß wir weit laufen müssen.“ Zu Hause nahm er seinen ältesten Sohn, den damals 14-jährigen Peter, zur Seite und ermahnte ihn, es könne sein, daß sein Vater für längere Zeit nicht da sein werde. Dann sei er der älteste Mann in der Familie und müsse seiner Mutter helfen, so gut er könne.



Mauerbau in Berlin 1961

Brandt-Erinnerungen: Wandel vom Kalten Krieg zur Entspannung

Die Amerikaner brachten den Truppenaufmarsch in Berlin mit den sowjetischen Raketenbasen auf Kuba in Verbindung. Ihr Verdacht: Die Russen würden, während sich die Aufmerksamkeit Washingtons auf die Bedrohung vor seiner Haustür in der Karibik richte, dort losschlagen, wo sie stärker seien – in Berlin.

Präsident John F. Kennedy schickte seinen Verteidigungsminister Robert McNamara zur Inspektion der US-Truppen in die Bundesrepublik, und der Sicherheitsberater des Präsidenten, McGeorge Bundy, drohte in West-Berlin öffentlich, die Vereinigten Staaten würden sich nicht scheuen, in

einem militärischen Konflikt Atomwaffen einzusetzen.

Brandt warnte die Sowjets damals – für die Öffentlichkeit gänzlich unmotiviert –, im Falle eines neuen Konflikts um West-Berlin riskierten sie in der DDR einen Volksaufstand wie am 17. Juni 1953.

Erst Kennedys Kuba-Ultimatum Ende Oktober – Rückzug der Raketen oder Krieg – beseitigte die Gefahr: Chruschtschow steckte zurück, in Kuba – und in Berlin.

Heute, fast 14 Jahre später, gibt einer der Hauptbeteiligten preis: „Dies war ‚die heimliche Berlin-Krise‘, die sozu-



Kniefall in Warschau 1970

sagen hinter dem Rücken der Öffentlichkeit bestanden werden mußte.“

Der sensationelle Bericht über den Beinahe-Krieg, von Ost wie West bislang sorgsam geheimgehalten, findet sich im ersten Kapitel von Willy Brandts noch unveröffentlichten Memoiren, aus denen der SPIEGEL von dieser Ausgabe an sechs wesentliche Abschnitte vorabdruckt. Der Erinnerungsband beschreibt „Begegnungen und Einsichten“ in den Jahren 1960 bis 1975, in denen sich in der Welt der Wandel vom Kalten Krieg zur Entspannung zwischen Ost und West, in der Bundesrepublik der Wechsel von der restaurativen Wiederaufbau-Ideologie der Adenauer-Ära zum Reformkurs der sozialliberalen Koalition vollzog*.

*Willy Brandt: „Begegnungen und Einsichten“, Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1976; ca. 680 Seiten; 36 Mark.



Stoph, Brandt in Kassel 1970



Breschnew, Ehepaar Brandt 1973, Kennedy, Brandt 1963 (u.)



Das Brandt-Buch erweist sich als ein zeitgeschichtliches Quellenwerk von politischer Brisanz. Denn weit mehr als die meisten Memoiren-Schreiber verwertet der Autor, in jener Zeit als Berliner Bürgermeister, Bonner Außenminister und Bundeskanzler stets in entscheidender Funktion, Aufzeichnungen sowie vertrauliche Akten. Und er hält mit Selbstkritik so wenig zurück wie mit offenen Urteilen über politische Partner oder Kontrahenten.

Freimütig schildert Brandt die Einsichten, die er bei Begegnungen mit Zeitgenossen aus Ost und West gewann – von seinen stundenlangen Gesprächen mit KPdSU-Chef Leonid Brezhnev und dessen Premier Alexej

gänger im Kanzleramt, schreibt, ist Wohlwollen unverkennbar, mehr als der Autor für manchen seiner eigenen Genossen aufbringt. Die kühle Distanz etwa zu seinem jahrelangen Stellvertreter im Parteivorsitz Herbert Wehner ist unübersehbar. Wehners historische Verdienste um die Integration der SPD in die zweite deutsche Republik erwähnt Brandt nicht einmal.

Seine Exkurse über Ost- und Europa-Politik, über Nato-Affären und Nahost-Krise reichert der gelernte Journalist mit allerlei Beobachtungen an, die ihm abseits der Politik mitteilenswert erscheinen. So berichtet er, wie der frühere israelische Bonn-Botschafter Asher Ben Natan gegenüber dem fran-

Brandt fast zwei Stunden aufs Mittagessen warten. Als der Bonner mehrfach ungeduldig auf die Uhr schaute, winkte der Gastgeber einen Adjudanten herbei und flüsterte ihm eine Weisung ins Ohr. „Ich habe eben Napoleon zitiert“, wandte er sich an seinen deutschen Gast, „ich habe befohlen, die Dame möge sich schon ausziehen“.

Daß seine Memoiren mit außenpolitischen Reflexionen, Erinnerungen und Analysen überfrachtet sind, spürt der Autor selber – und er hält Rechtfertigung für nötig. In der Einleitung versucht er Kritikern zuvorzukommen: „Dieser Bericht mag das Vorurteil bestätigen, ich hätte mich zuviel um Außenpolitik gekümmert.“ Aber: „Wichtige Dinge sollten wichtig genommen werden.“

Wichtig – das war für Brandt gleich zu Beginn seiner außenpolitischen Erfahrungen die ihn enttäuschende Erkenntnis von der begrenzten Risikobereitschaft der Westmächte, die beim Bau der Mauer die Berliner und deren Regierenden Bürgermeister mit ihren Problemen allein ließen.

In der ersten Krisensitzung am Vormittag des 13. August 1961 traf Brandt auf drei Kommandanten, die „nicht weniger irritiert und desorientiert waren als die Deutschen“. Der Bürgermeister riet: „Schickt mindestens sofort Patrouillen an die Sektorengrenze, um dem Gefühl der Unsicherheit zu begegnen und den West-Berlinern zu zeigen, daß sie nicht gefährdet sind!“

Mit Bitterkeit erinnert sich der Autor an die zaudernden Verbündeten: „20 Stunden vergingen, bis die erbetteten Militärstreifen an der innerstädtischen Grenze sichtbar wurden. 40 Stunden verstrichen, bis eine Rechtsverwahrung beim sowjetischen Kommandanten auf den Weg gebracht worden war. 72 Stunden dauerte es, bis – in Wendungen, die kaum über die Routine hinausreichten – in Moskau protestiert wurde.“

Erst später ging Brandt auf, daß die Westmächte „der falschen Krise entgegengezittert“ hatten, nämlich einem separaten Friedensvertrag zwischen Moskau und der DDR, der den Status West-Berlins und der West-Alliierten ernsthaft in Frage gestellt hätte. Was den Berlinern unerträglich erschien, ließ die Alliierten aufatmen. Da die Mauer ihre Rechtsstellung nicht berührte, brauchten sie auch nicht zu handeln.

Die Westmächte, so erkannte Brandt, dem das außenpolitische Terrain 1961 noch fremd war, betrachteten die Abschnürung der DDR als verständliche blockinterne Maßnahme der Sowjet-Union.

Vergeblich drängte der Regierende Bürgermeister die Alliierten zu energischen politischen Schritten. Er ver-



Gesprächspartner de Gaulle, Brandt: Preußen, Sachsen und Wiedervereinigung

Kossygin, seinen ersten, tastenden Erkundungen bei Sowjet-Außenminister Andrej Gromyko, der historischen Konfrontation mit dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph in Erfurt und Kassel (siehe Seite 109), seinen Versöhnungsbesuchen beim damaligen polnischen KP-Chef Wladyslaw Gomułka und dem tschechoslowakischen Parteiführer Gustav Husak.

Ausführlich zitiert der Ex-Kanzler die Gedanken des französischen Staatschefs Charles de Gaulle über Deutschland, über Preußen, Sachsen und die Wiedervereinigung – Gedanken, die ihm der greise General am Kamin im Elysée anvertraute. Und er erinnert sich, wie ihn US-Präsident John F. Kennedy bei einem Besuch im Weißen Haus in den Garten zog, um ihn einiges wissen zu lassen, was „nicht aufgeschrieben werden sollte“.

Wenn der Sozialdemokrat, mit Blick auf die Bonner Szene, etwa über Ludwig Erhard, einen seiner CDU-Vor-

zösischen Staatspräsidenten Georges Pompidou reagierte, als er vom Beinahe-Absturz des Kanzler-Hubschraubers auf dem Flug zur israelischen Bergfestung Massada erfuhr: „Was wollen Sie machen, Herr Präsident? Französischer Hubschrauber und arabischer Wind – aber es gibt einen großen jüdischen Gott!“ „In Wirklichkeit“, erinnert sich Brandt, „kam der Hubschrauber nicht aus Frankreich, sondern aus Amerika, der Wind vom Mittelmeer und nicht aus Arabien – über den großen jüdischen Gott will ich nicht streiten.“

Und bei seinem Besuch in Rumänien, 1967, fiel dem Autor bei seiner Begegnung mit Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu auf: „Ceausescu ist ein eher kleiner, untersetzter Mann, der zunächst etwas gehemmt wirkt (obwohl er einen kleinen Sprachfehler mit großer Disziplin gemeistert hat).“

Ceausescus Premier, Ion Gheorghe Maurer, ließ den Bundeskanzler



Berlin-Besucher Johnson, Brandt: Shopping nach Geschäftsschluß

langte den demonstrativen Aufmarsch der westlichen Besatzungstruppen an der Sektorengrenze, um die Sowjets zu zwingen, gleichfalls aufzumarschieren und so ihre Befehlsgewalt über den Ostsektor der Stadt gegenüber der DDR-Führung vor aller Augen zu dokumentieren. Danach sollte KP-Chef Chruschtschow zu Verhandlungen über den Status der Stadt eingeladen werden.

Doch die Westmächte wollten davon überhaupt nichts wissen, und das be-

griff Brandt: „Die Grundregel des stillen Arrangements zwischen Moskau und Washington funktionierte auch beim Bau der Mauer und danach.“

Folglich fand sich Kennedy lediglich zu einer Geste bereit, die ihn zu nichts verpflichtete und die Russen nicht schrecken konnte: Er schickte eine Woche nach dem Mauerbau seinen Vizepräsidenten Lyndon B. Johnson in die Halbstadt, zu deren Problemen der Delegat aus Washington, wie Brandt nur allzu bald erfuhr, nicht den gering-

sten Zugang fand.

Als „etwas quälend“ schildert Brandt heute seine Unterhaltungen mit dem Kennedy-Stellvertreter über das komplizierte Berlin-Problem, das für den Amerikaner aus Texas „nicht leicht zu durchschauen“ war. Beim Besuch im Flüchtlingslager Marienfelde registrierte der Bürgermeister Johnsons „manchmal ein wenig anspruchslosen Humor“ im Gespräch mit den eben noch entkommenen DDR-Flüchtlingsen.

Der robuste Ami fand nichts dabei. Brandts bitterernste Forderung in einem Brief an Kennedy („Sie haben Taten statt Worte gefordert, jetzt will ich Taten sehen“) ins Lächerliche zu kehren: Unter Taten verstand Johnson offenkundig ein ausgedehntes Shopping-Programm. Ständig berief er sich auf diesen Satz und nervte den Bürgermeister mit immer neuen Wünschen. Brandt:

„So freilich auch, als wir am Samstagabend aus einem längst geschlossenen Geschäft Schuhe herbeischaffen lassen mußten, weil ihm die meinen so gut gefielen. Er brauchte allerdings wegen unterschiedlicher Fußgrößen jeweils zwei Paare. So, als es am Sonntag eine Kollektion von elektrischen Rasierapparaten, die als Reisepräsente für Freunde gedacht waren, zu besorgen galt, so, als er am Nachmittag des gleichen Sonntags die – natürlich geschlossene – Porzellanmanufaktur besuchte: Wir hatten ihm ein Service geschenkt, doch er bestellte gleich noch ein größeres für repräsentative Zwecke. So, als am Sonntagabend ein Direktor der Manufaktur in Berlins Hilton kam, um einen Auftrag für ein größeres Quantum kleinerer Aschenbecher entgegenzunehmen. Johnsons entwaffnende Erklärung: They look like a Dollar and cost me only 25 cents.“

Unter dem Eindruck eigener Hilflosigkeit und der Untätigkeit der Verbündeten begann bei dem Frontstadt-Bürgermeister ein Prozeß des Umdenkens. Schon in den beiden Jahren nach dem Mauerbau entwarf Brandt das Konzept der neuen Ostpolitik, die er nach 1969 als Kanzler in die Tat umsetzte.

In seinen Memoiren beschreibt Brandt, was ihm nach dem Bau der Mauer aufging: „Ich habe mich damals – wie immer – geweigert, Politik in der bloßen Defensive erstarren zu lassen: Wir mußten versuchen, nach vorn zu gehen; wir mußten aus bitteren Realitäten richtige Schlüsse ziehen.“

In jener Zeit außenpolitischer Konfrontation mußte sich Willy Brandt auch mit einem mächtigen innenpolitischen Gegner auseinandersetzen: mit dem alten Konrad Adenauer, dem er im Bundestagswahlkampf 1961 als Kanzlerkandidat seiner Partei gegenüberstand.

Der Norddeutsche macht in seinen Memoiren keinen Hehl daraus, daß er für den Rheinländer stets eine Art widerwilliger Bewunderung empfand. Sie ist zwischen den Zeilen selbst dort zu spüren, wo Brandts Erinnerung an



Wahlkämpfer Brandt 1961: „Oft war ich deprimiert“

den ersten Bonner Kanzler eher bitter schmeckt.

„Adenauer“, so urteilt der selbst oft von Stimmungen und Gefühlen behelligte Sozialdemokrat, „war in der Tat das Gegenteil eines gefühlsbetonten Mannes. Er konnte durch andere Menschen kaum enttäuscht werden, da er menschliche Schwächen voraussetzte und auszunutzen verstand. Sein Verhältnis zur Wahrheit war labil, und in der Wahl seiner Mittel war er nicht immer fein.“ Brandt schildert eine Begebenheit aus seiner Berliner Frühzeit: Am 3. Februar 1957 begleitete der damalige Regierende Bürgermeister Otto Suhr den Bonner Kanzler nach einem Besuch im Rathaus zurück zum Tempelhofer Flugplatz.

Im Auto wandte sich Adenauer an seinen Nachbarn: „Ich weiß, daß Sie krank sind, Herr Suhr, aber Sie müssen alles tun, damit Sie wieder gesund werden. Sie sind hier unentbehrlich, und Sie wissen, daß Sie mein Vertrauen haben.“

Otto Suhr, damals schon vom Tod gezeichnet, entgegnete: „Was Sie sagen, ist sehr nett, Herr Bundeskanzler, aber wenn ich nicht mehr kann, wird Willy Brandt mein Amt übernehmen.“ Adenauer meldete Bedenken an: „Da hab' ich ja meine Zweifel. Und ich will Ihnen mal sagen, was der will: Der will Sie weghaben.“

Erst jetzt bemerkte der Bonner Regierungschef, daß der Mann vor ihm auf dem Beifahrersitz nicht etwa ein Sicherheitsbeamter war, sondern eben jener Willy Brandt, damals Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses. Der Alte unbekümmert: „Ach, da sitzt ja der Herr Präsident. Nun sagen Sie mal, wofür interessieren Sie sich eigentlich, Herr Brandt? Sie wissen, ich interessiere mich für Gartenbau und Blumenzucht.“

Damals, Ende der 50er Jahre, sah sich Brandt, obwohl seit Oktober 1957 – nach dem Tode Suhrs – Berliner Regierungschef, eher als Beobachter der Bonner Politik denn als Mitgestalter. So sehr er den Schwenk seiner Partei von der strikten Opposition gegen Adenauers Westpolitik zur Anerkennung der von der CDU geschaffenen außenpolitischen Tatsachen unterstützte, so reserviert verhielt er sich gegen „abstrakte Planspiele“ der Bonner Parteiführung. Seine Kritik zielte, ohne Namen zu nennen, gegen den von Herbert Wehner 1959 vorgelegten umstrittenen Deutschlandplan, mit dem die Sozialdemokraten ein Gegenkonzept zur Wiedervereinigungspolitik der Union kreieren wollten.

Nach der Wahl von 1961, die CDU war schwächer, die SPD stärker geworden, steuerte der Kanzlerkandidat im Verein mit dem damaligen Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer und den Spitzengenossern Fritz Erler und Herbert Wehner Gemeinsamkeitskurs. In

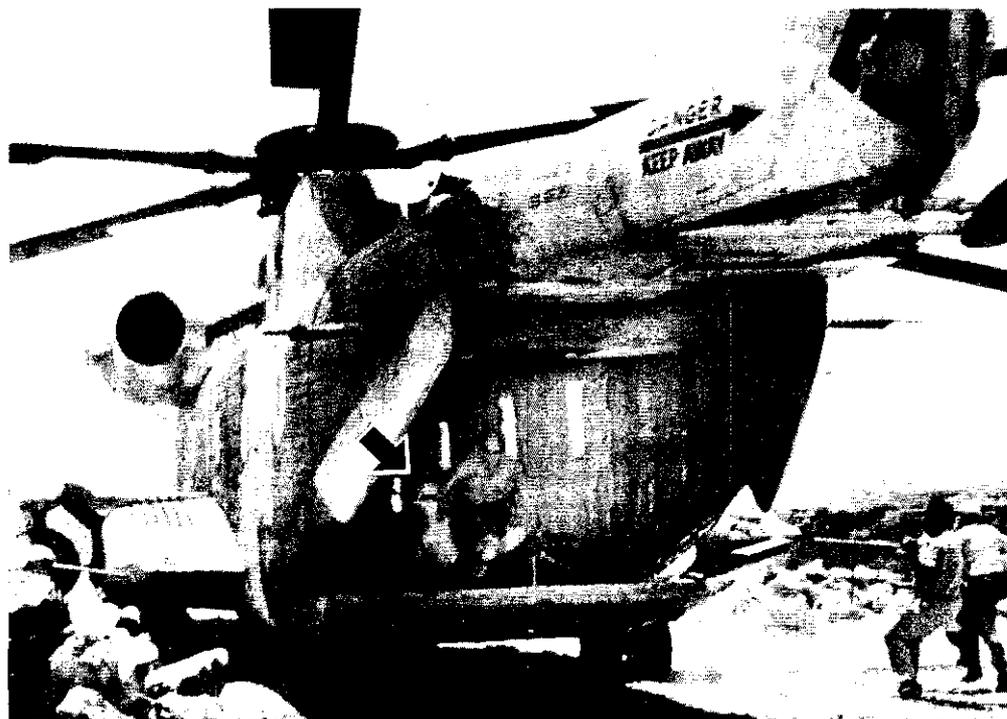
der Wohnung des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier erörterten sie mit dem CDU-Politiker die Bildung einer Allparteienregierung. Ihr Argument: Nur ein Kabinett der nationalen Konzentration könne mit den Folgen des Mauerbaus fertigwerden.

Die SPD-Vertreter hatten noch ein zusätzliches Motiv, das sie dem Unionschristen freilich nicht verrieten: „Eine Regierungsbildung auf breiter Grundlage schien für uns Sozialdemokraten während jener Jahre der einzige Weg, um – über die Länder hinaus – unsere Regierungsfähigkeit nachweisen und Vorurteile abbauen zu können.“

Gerstenmaier, der selber auf die

Wähler zu diffamieren. In seinen Memoiren bekennt der Autor, daß er, „ohnehin nicht mit einem dicken Fell versehen, verwundet war. Dieses Ziel haben meine Gegner gelegentlich erreicht: Sie hielten mich über Tage von meiner Arbeit ab. Oft war ich deprimiert“.

Als er sich bei Adenauer über das Niveau des Wahlkampfes beschwerte, beschied ihn der Alte: „Aber Herr Brandt, ich weiß gar nicht, was sie wollen. Wenn ich was gegen Sie hätte, würde ich es Ihnen doch sagen.“ Offenkundig fand der Bonner Patriarch schließlich ein gewisses Gefallen an dem jungen Mann aus Berlin. Bei Begegnungen in Bonn und Berlin ließ er



Zwischenfall in Israel, Brandt (Pfeil): „Nicht streiten über den jüdischen Gott“

Kanzlerschaft spekulierte, zeigte sich, laut Brandt, „aufgeschlossen“. Auch mit dem damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß erörterte der SPD-Mann diese Pläne, die dann aber am Widerstand Konrad Adenauers scheiterten.

Kontakte Brandts mit dem FDP-Chef Erich Mende im Hause eines Ruhr-Industriellen über eine – rechnerisch mögliche – SPD/FDP-Koalition kamen über ein „vorsichtiges Abtasten künftiger Intentionen“ nicht hinaus. Und der Düsseldorfer „Jungtürke“ Wolfgang Döring vertröstete den Sozialdemokraten auf spätere Zeiten.

Daheim in Berlin laborierte der enttäuschte Kandidat an seinen Wahlkampfzünden: Ultrarechte Unionsanhänger hatten versucht, den Antifaschisten Brandt wegen seiner Emigration aus Hitler-Deutschland beim

ihn freimütig an seinen Gedanken über Politik und Politiker teilhaben.

Adenauer über Jugoslawiens Tito: „Ich will Ihnen sagen, was ich meine: Das ist ein ganz gewöhnlicher Räuber.“

Adenauer über den Beitritt Englands zur EWG: „Sehen Sie, was ist Europa? Vor allem Frankreich und wir. Und das geht gut. Wenn die Engländer als dritte hinzukommen, ist nicht sicher, daß es gutgehen wird. Wissen Sie, wenn drei zusammen sind, muß man immer damit rechnen, daß zwei Kippe machen. Und ich fürchte, wir werden der Dritte sein.“

Adenauer über den Bundestag: „Ich will Ihnen mal sagen, was man mit dem Bundestag machen muß, vielleicht denken Sie noch mal daran: Man muß die Herren gut entschädigen, sie viel reisen lassen und ihnen reichlich Urlaub gönnen.“

Anerkennung für den großen Vor-

gänger ist unverkennbar, wenn Brandt schreibt: „Der alte Kanzler war von so etwas wie einem furchtsamen Patriotismus beherrscht . . . Er fürchtete sich immer ein wenig vor seinen Landsleuten, vor ihrer Neigung zu Unvernunft.“

Den Anfang vom Ende der Ära Adenauer datiert Brandt auf den Oktober 1962, als Strauß mit Billigung des Kanzlers seine Aktion gegen den SPIEGEL startete. Der unsinnige Landesverratsvorwurf und seine Folgen hinterließen – so Brandt – eine „Zäsur, tiefer als wir es damals erkannten“.

Die erste Chance für die Bildung einer Großen Koalition zeichnete sich ab. Im SPD-Parteivorstand – Brandt war wegen einer Grippe nicht zugegen – stimmten 17 von 29 Mitgliedern für diese Lösung. Sie kam dann doch nicht zustande, weil die Union an den damals wie heute für die SPD unakzeptablen Forderungen nach einem Mehrheitswahlrecht festzuhalten schien.

Brandt blieb Regierender Bürgermeister, damit beschäftigt, seine Gedanken über die Zukunft seiner geteilten Stadt und seines geteilten Landes weiterzuentwickeln.

Die Amerikaner akzeptierten ihn neben dem Bundeskanzler als ihren wichtigsten Gesprächspartner, wenn es um die deutschen Dinge ging. Präsident Dwight D. Eisenhower ließ ihn zweimal in Washington Vortrag halten, mit Eisenhowers Außenminister John Foster Dulles diskutierte er, 1959, über die deutsche Zukunft. Als Brandt einmal die Frage eines besonderen Status für ein wiedervereinigtes Deutschland aufwarf, antwortete ihm Dulles kalt: „Die Russen und wir mögen uns über 1000 Dinge uneinig sein. Doch über eines gibt es zwischen uns keine Meinungsverschiedenheiten: Wir werden es nicht zulassen, daß ein wiedervereinigtes, bewaffnetes Deutschland im Niemandsland zwischen Ost und West umherirrt.“

Zu dem jungen Eisenhower-Nachfolger fand der Sozialdemokrat leichter Zugang. Wie Brandt versuchte auch John F. Kennedy, ein neues Konzept für die West-Ost-Beziehung zu entwickeln. Nur die „politische Expansion“ der Familie Kennedy, das Zusammenspiel des Präsidenten mit seinen Brüdern, dem Justizminister Robert und dem späteren Senator Edward, beobachtete er „mit einem gewissen Unbehagen“. Als ihn Robert und Edward Kennedy in Berlin besuchten und der Bürgermeister einen Toast auf den „Präsidenten, die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten“ ausbrachte, rief Robert fröhlich aus: „Das sind wir drei – der Präsident, mein Bruder – die Regierung, das bin ich – und (auf Edwardweisend) das Volk bist du.“

Trotz mehrfacher Versuche kam in Brandts Berliner Regierungszeit ein Kontakt zu den Großen des Kreml

Wenn Sie sich
über Schuppen ärgern:
Tun Sie was.

Mit der
7 Tage-
Wirkkraft
von Sulfrin.

DYALLE



nicht zustande, obwohl Chruschtschow den Bürgermeister zweimal - 1960 und 1963 - zu einem Treffen nach Ost-Berlin einlud. Der erste Versuch scheiterte am Veto der Amerikaner, das zweite Mal legte sich Brandts damaliger CDU-Koalitions-Partner Franz Amrehn quer und drohte, das Bündnis platzen zu lassen.

Später erzählte der Ost-Berliner Sowjet-Botschafter Pjotr Abrassimow, wie Chruschtschow die Brandt-Absage aufgenommen hatte: „Chruschtschow, der sich gerade umzog, habe in seiner Überraschung fast die Hose fallen lassen, als ihm der Botschafter - damals noch neu im Außenamt - meinen Bescheid überbrachte.“

Abrassimow vertraute dem Bürgermeister an, dies sei eine verpaßte Gelegenheit gewesen, denn Chruschtschow habe dem Berliner „etwas geben wollen“. Selbstkritisch räumt Memoiren-Autor Brandt heute ein: „Davon unabhängig meine ich rückschauend, daß ich besser anders entschieden hätte.“

Gleichwohl kam mit Brandts Politik der kleinen Schritte - 1963 wurden die ersten Passierscheinregelungen ausgehandelt - allmählich Bewegung in die Berlin- und Deutschlandpolitik. Aus den Gesprächen mit Abrassimow, der dem West-Berliner zunächst „in einer Mischung von bolschewistischem Selbstvertrauen und offenkundiger Westfremdheit“ entgegentrat, entwickelte sich ein ständiger, offener Dialog.

Als die Herren einmal auf die sowjetischen Überschall-Stör-Flüge während der letzten Bundestagssitzung in West-Berlin (April 1965) zu sprechen kamen, machte Willy Brandt dem Sowjet-Menschen die negative Wirkung des taktischen Manövers an einem Beispiel klar: „Ich sagte Abrassimow, es könne wohl... nicht in seinem Interesse liegen, daß mein vierjähriger Sohn alles Russische mit ‚Bum-Bum‘ identifiziere.“

Mit Sympathie beobachtete Brandt in jener Zeit die Bemühungen des CDU-Außenministers Gerhard Schröder, durch Errichtung von Handelsmissionen in Ost-Europa „von der älteren zur jüngeren Hallsteinzeit“ überzugehen, trotz aller Widerstände im Unions-Lager. Schröder beklagte sich damals bei Brandt über die „Verrückten“, die ihm das Leben schwer machten.

Obgleich auch Adenauer sich damals querlegte, registrierte der Berliner Bürgermeister jedoch Zeichen erstaunlicher Einsicht bei dem alten Herrn. Brandt berichtet:

„Am 17. Juni 1963 unterhielten wir uns in meinem Berliner Amtszimmer. Adenauer gab dem Gespräch plötzlich eine Wendung, die ich nicht erwartet hatte. Unvermittelt fragte er: ‚Herr Brandt, was halten Sie eigentlich von der Hallstein-Doktrin?‘ Brentano, damals wieder Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, meldete zur Terminologie Bedenken an: Von



US-Außenminister Dulles, Brandt: „Deutsche im Niemandsland“

Rechts wegen sei doch er, nicht Professor Hallstein Vater jener Doktrin. Adenauer schob diesen wenig hilfreichen Einwand beiseite; er wollte wissen, was ich zu sagen hätte. Aus gutem Grund verließ ich nicht gleich meine Reserve und meinte nur: ‚Herr Bundeskanzler, wie soll ich Ihre Frage verstehen?‘ Adenauer: ‚Ach, wissen Sie, gewisse Dinge muß man weggeben, solange man noch etwas dafür bekommt.‘

Beeindruckt, ja sogar fasziniert zeigte sich Willy Brandt auch von einem anderen großen Alten der europäischen Politik - von Charles de Gaulle, dem er im Juni 1959 zum erstenmal begegnete:

„Damals überraschte mich de Gaulle durch den Stil der Unterhaltung: Für mich recht ungewohnt - und innerlich ein bißchen beschmunzelt - befragte er mich in der Art eines Oberbefehlshabers, der Auskünfte von einem Abschnittskommandeur einholt: Was hat mir der Bürgermeister über den Stand der Dinge in Berlin zu sagen? Und wie steht es in der Bundesrepublik? Und was ist mit der Lage in Preußen? - Ich brauchte ein paar Sekunden, um zu begreifen. Mit ‚Preußen‘ war die DDR gemeint. Ich machte dazu eine relativierende Bemerkung, die freilich nur bewirkte, daß de Gaulle bei einer anderen Gelegenheit von ‚Preußen und Sachsen‘ sprach.“

Der Bürgermeister und der General verständigten sich bei ihren Unterhaltungen, indem sich jeder der beiden seiner Muttersprache bediente - de Gaulle verstand Deutsch ausreichend gut, Brandt beherrschte Französisch nach eigenem Bekunden zunächst besser als das Englische, das er nicht in der Emigration, sondern in Berlin gelernt hatte.

Der General liebte Englisch gar nicht. Als sich einmal bei Tisch die Wirtschaftsminister Karl Schiller und Valéry Giscard d'Estaing dieser Dreitsprache bedienten, wandte sich der Präsident zu seinem Premier Georges Pompidou: „Da hören Sie, was mit der Sprache in Europa passieren wird, wenn wir nicht aufpassen.“

De Gaulle ermunterte nach 1966 den Außenminister der Großen Koalition immer wieder, die Deutschen sollten nach dem Beispiel Frankreichs versuchen, mit dem Osten auf Entspannungskurs zu gehen. Der Präsident drängte:

„Nach französischer Auffassung kann, - besonders in der Frage der Wiedervereinigung - nichts geschehen, ohne daß vorher eine völlige Veränderung der heute zwischen den europäischen Staaten herrschenden Beziehungen Platz gegriffen hat.“

Und weiter: „Was das praktische Verhältnis zu den Menschen in der sowjetischen Zone anbelangt, so liegt die Grundwahrheit in der Tatsache, daß es nur ein deutsches Volk gibt. Wann immer die Bundesrepublik die praktischen Kontakte verbessern will - in wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Fragen, auch im Austausch von Personen, im Reiseverkehr, in Verwandtenbesuchen, betrachtet Frankreich dies als befriedigend für alle und besonders für die Deutschen selbst, um den Kontakt mit den Deutschen zu erhalten, die heute künstlich von ihren Landsleuten getrennt gehalten werden. Dies ist Frankreichs Politik.“

Gelegentlich gab es freilich auch Differenzen zwischen den beiden Poli-

tikern, so als Brandt forderte, die Bundesrepublik müsse innerhalb des westlichen Bündnisses ein Mitspracherecht bei den Fragen der atomaren Verteidigung haben. Der Franzose reagierte brüsk. Brandt:

„De Gaulle mokierte sich über den Ausdruck ‚Mitspracherecht‘, den er auf deutsch ein paar Mal wiederholte. Ob ich ernsthaft glaubte, daß eine Atommacht andere wirklich mitsprechen lassen werde? In West und Ost sei man sich im Grunde darüber einig, daß Deutschland von der nuklearen Rüstung entfernt gehalten werden sollte.“

Seine neue Rolle in Bonn – 1964 Parteivorsitzender der SPD, 1966 Außenminister der Großen Koalition – erscheint dem Verfasser in der Rückschau als im ganzen wenig befriedigend. Die Wahl 1965 bringt nicht den erhofften Durchbruch seiner Partei, weil der Volkskanzler Ludwig Ehrhard noch einmal die CDU/CSU knapp bis an die absolute Mehrheit führt.

Und auch die Große Koalition war nicht so ganz nach seinem Geschmack. Im Gegensatz zu Herbert Wehner und Helmut Schmidt hätte er lieber gleich das Bündnis mit der FDP gesucht: Während Wehner, um das Klima für eine Große Koalition vorzubereiten, den CDU-Bundespräsidenten Heinrich Lübke sogar für eine zweite Amtsperiode zum Kandidaten der SPD proklamieren wollte, knüpfte Willy Brandt zunächst Kontakte zu den Freien Demokraten. Ihm schwebte ein gemeinsamer SPD/FDP-Kandidat vor, um anders als Wehner auf dem Wege zur Macht den Umweg über die Union zu sparen. Was damals fehlschlug, gelang fünf Jahre später, als SPD und FDP den Sozialdemokraten Gustav Heinemann gemeinsam zum Bundespräsidenten wählten und damit den Machtwechsel in Bonn einleiteten.

Der Großen Koalition, einer Schöpfung Herbert Wehners, schloß sich der SPD-Vorsitzende weniger aus Neigung denn aus Parteidisziplin an. In seinen Memoiren erinnert er daran, daß er an der entscheidenden Besprechung am 24. November 1966 in Bonn nicht teilnahm, weil sein Flugzeug in Berlin wegen schlechten Wetters nicht starten konnte.

Wieder hätte Brandt das Bündnis mit der FDP vorgezogen, doch die rechnerische Zwei-Stimmen-Mehrheit dieser Kleinen Koalition schien ihm zu unsicher, zumal ihm ein „vertrauenswürdigere“ Kollege der FDP mitteilte, Brandt könne als Kanzlerkandidat einer solchen Koalition bei geheimer Wahl nicht mit allen Stimmen der Freien Demokraten rechnen.

Der FDP-Abgeordnete Walter Scheel allerdings rügte, so vermerkt Brandt, bei einem Gespräch in der Bonner Berlin-Vertretung den Kleinmut der Sozialdemokraten und „meinte resignierend, die SPD traue sich entweder nicht oder sei ohnedies schon

auf ein Zusammengehen mit den Unions-Parteien festgelegt“.

Das Verhältnis des SPD-Vizekanzlers Brandt zu seinem CDU-Bundeskanzler Kiesinger war – bei aller Wertschätzung für den schwäbischen Bildungsbürger – eher distanziert. Dem Außenminister behagte weder Kiesingers Interesse für Außenpolitik noch dessen unverhohlenen Faible für Herbert Wehner, der dem Schöngest aus Süddeutschland ganz offensichtlich mehr lag als der spröde Hanseat.

Memoiren-Schreiber Brandt: „Vielleicht betrachtete er ihn nicht als Rivalen, vielleicht fand er in ihm auch einen besseren Zuhörer und einen



Chruschtschow in Berlin
Fast die Hose verloren

Mann verwandter Stimmungen, wenn sich das Gespräch ins Kulturkritische wandte – die ‚Seelsorge‘-Stunden der beiden Männer mögen für das Klima der Koalition eine wichtige Funktion gehabt haben.“ Der Autor spielt hier auf die nächtlichen Gespräche bei badischem Rotwein an, zu denen sich Wehner regelmäßig im Kanzler-Bungalow einfand.

So sehr ärgerte sich der Vizekanzler über Kiesingers Eingriff in die Außenpolitik, daß er wiederholt an Rücktritt dachte.

Auch im Ausland hatte der frischgebackene Minister gelegentlich Schwierigkeiten mit Gesinnungsfreunden. So



Sowjet-Jäger über West-Berlin
Russisches Bum-Bum

erinnert er sich an einen Besuch bei seinem Labour-Genossen, dem britischen Außenminister George Brown, mit dem er über Londons Beitritt zur EWG sprach. Der Engländer sagte ihm unverblümt, was er von dem deutschen Sozialdemokraten erwarte: „Du müßtest helfen, uns hereinzubringen, damit wir die Führung übernehmen können.“

Angenehm überrascht war Brandt vom sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko, mit dem er erstmals im September 1968 am Rande der Uno-Vollversammlung in New York zusammentraf. Er fand ihn „sehr viel angenehmer, als das Bild vermuten ließ, das man sich im Gang der Jahre von dem bissigen ‚Mr. Njet‘ gemacht hatte. Er war freundlich, gelassen, kontrolliert, fast angelsächsisch zurückhaltend.“

In den Gesprächen ging es um den Bonner Vorschlag eines Gewaltverzichts zwischen der Bundesrepublik und der Sowjet-Union – für Brandt Ansatzpunkt seines östlichen Entspannungskonzepts. Der Russe stellte „eine drastische Änderung“ der sowjetischen Politik gegenüber Westdeutschland in Aussicht, sofern Bonn endlich bereit sei, den durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Status quo in Europa anzuerkennen.

Gromyko zu Brandt: „Die Frage der nach dem Zweiten Weltkrieg entstan-

denen Grenzen ist die Frage von Krieg und Frieden.“

Die Herren verabredeten, ihre Erkundungsgespräche fortzusetzen, und trafen sich ein Jahr später, wieder in New York, zum zweitenmal. Diesmal wurde der Sowjet-Mensch deutlich: „Wird die Bundesrepublik vernünftig, wird der Erfolg kommen. Wir erwarten ihre Mitteilung.“

Brandt antwortete: „Wir haben verstanden, daß die Sowjet-Union für praktische Maßnahmen ist.“ Gromyko meinte, die von Bonn vorgeschlagenen Gespräche über den Gewaltverzicht würden schon zeigen, „wie wir weiterkämen“. Dann lockte der Außenminister: Wenn Bonn das sowjetische Projekt einer europäischen Sicherheitskonferenz unterstütze, werde sich das auszahlen: „Das lohnt sich.“

Gemessen an der engagierten Darstellung seiner außenpolitischen Aktivitäten, bleibt Brandts Beschreibung der westdeutschen Szene jener Jahre seltsam blaß. So wenn er über den Tod des Berliner Studenten Benno Ohnesorg, der zum Beginn der Studentenrevolte in der Bundesrepublik wurde, nur den beiläufigen Satz schreibt, da sei bei einer Demonstration „ein Student von einem Polizisten erschossen“ worden. Das Problem einer neuen westdeutschen Generation, die unbelastet von Diktatur und Krieg gegen das Wohlstandsdenken ihrer Väter aufmuckt, tut Brandt mit dem lapidaren Hinweis ab, die Sympathien, die seine Söhne Peter und Lars für die jungen Linken hegten, hätten ihn „in der eigenen Familie mit den Gedanken und Emotionen dieser Generation konfrontiert“.

Der SPD-Vorsitzende hält sich zügelte, daß es ihm und seinen Freunden seither gelungen sei, ein Gutteil der rebellischen Generation in die Partei zu integrieren, allerdings „um den Preis einer oft, freilich nicht immer heilsamen Unruhe, die in die SPD getragen wurde“.

Offenkundig interessieren den Sozialdemokraten und Außenpolitiker Brandt die Entwicklungen des europäischen Sozialismus weit mehr als die Vorgänge daheim. Beeindruckt zeigt er sich vor allem von der Entwicklung in der italienischen KP, in deren Reihen er konsequente Emanzipation von der ideologischen Vorherrschaft Moskaus und Verständnis für sein ostpolitisches Konzept zu erkennen glaubt: „Als ich 1967/68 mit den Auffassungen der KPI näher vertraut gemacht wurde... konnte ich nicht ignorieren, daß die Führer der italienischen Kommunisten früher als andere unsere Politik des Ausgleichs und der aktiven Friedenssicherung begriffen und – auch in Moskau – für unsere Ostpolitik plädierten.“

Für Brandt lag es daher nahe, seinen engen Vertrauten Leo Bauer, der den

damaligen italienischen KP-Führer Luigi Longo aus gemeinsamer Haftzeit im Kriege kannte (Brandt: „Der Deutsche hatte dem Italiener die Furunkeln kuriert“), zur Kontaktaufnahme nach Rom zu schicken.

Die „erstaunliche Evolution“ der KPI, vor allem ihre Anerkennung des demokratisch-pluralistischen Systems, weckt bei dem Sozialdemokraten Hoffnungen. Zumal die gemeinsame Unabhängigkeitserklärung der italienischen und französischen Kommunisten vom Herbst 1975 gegenüber der KPdSU erscheint ihm „als ein Einschnitt von geschichtlichem Rang“.

Die Polemik, mit der rechte Unions-Politiker 1968 auf die KPI-Kontakte des Koalitionspartners reagierten, war



Koalitionspartner Wehner, Kiesinger 1967: Männer verwandter Stimmung

bezeichnend für das wachsende Mißtrauen zwischen den ungleichen Bundesgenossen. Als dann die SPD mit Hilfe der Oppositionspartei FDP ihren Kandidaten Heinemann gegen den Unions-Kandidaten Gerhard Schröder zum Bundespräsidenten wählte, war das Ende des kurzlebigen Machtkartells programmiert.

Bei mehreren Gesprächen im Bundestagswahljahr 1969 mit FDP-Chef Walter Scheel kamen Sozial- und Freidemokraten nach Brandts Angaben überein, nach der Wahl „die Möglichkeit einer Koalition ernsthaft zu prüfen“. Und als das Ergebnis trotz hoher FDP-Verluste eine dünne Mehrheit für ein sozialliberales Bündnis erkennen ließ, war der SPD-Vorsitzende „entschlossen, das Risiko einzugehen, selbst wenn die ‚kleine‘ Koalition aus SPD und FDP nicht die ganze Legislaturperiode durchhalten würde“.

Gegen 22.30 Uhr am Wahlabend, so

erinnert er sich, rief er Walter Scheel von seinem Büro aus an und teilte mit, er wolle in einer öffentlichen Erklärung die Koalitionsabsicht bekanntmachen. Brandt über jenes Gespräch: „Scheel entmutigte mich nicht. Er verhielt sich eher rezeptiv. Das schlechte Ergebnis für seine Partei konnte ihn nicht fröhlich stimmen“ – die Liberalen hatten mit 5,8 Prozent nur noch knapp die Sperrklausel übersprungen.

Scheel entsinnt sich in Nuancen anders. Brandt habe ihm die Fernsehserklärung vorgelesen und gefragt: „Kann ich das sagen?“ Darauf der Freidemokrat: „Ja.“

Nicht ohne Stolz weist der erste sozialdemokratische Regierungschef in Deutschland seit fast 40 Jahren darauf

hin, daß sich der Übergang nach 20jähriger CDU-Herrschaft so „reibungslos“ vollzog. Was ihm später als Führungsschwäche angekreidet wurde, versucht der Memoiren-Autor als Stärke darzustellen. Er habe, um „den menschlichen Zusammenhalt“ zu sichern, einen möglichst kollegialen Arbeitsstil praktiziert: „Ich glaube, es geschah nicht oft, daß ich einem Kabinettsmitglied ins Wort fiel, die Geschäftsordnung handhabte ich nicht streng formalistisch.“

Auch die Kritik, er habe allzuviel Zeit im Kreis der Vertrauten verplaudert und sich zuwenig um die praktische Politik gekümmert, läßt er nicht gelten. Mit deutlichem Seitenhieb auf seinen Vorgänger Kiesinger vermerkt Brandt: „Es gab keine langen, versonnenen oder versponnenen Rotweing-Gespräche, in denen vage ‚Visionen‘ formuliert wurden.“ Ebensowenig mag er den Vorwurf, sein Metier sei vor al-

lem die Außenpolitik gewesen, auf sich sitzen lassen: „In Wirklichkeit habe ich den weitaus größten Teil meiner Zeit auf innenpolitische Themen – im weiteren Sinne des Wortes – verwendet.“ Der Ex-Kanzler räumt lediglich ein: „Auf einem anderen Blatt steht, daß die innenpolitischen Vorhaben nicht immer sorgsam genug vorbereitet und im Zeitablauf nicht genau genug aufeinander abgestimmt waren“ – mit anderen Worten, wenn es innenpolitische Versäumnisse gab, dann hat sie der Apparat, nicht der damalige Regierungschef zu verantworten.

Sein Prestige als Staatsmann erwarb sich Brandt denn auch durch rasche Erfolge in der Außenpolitik. Kaum im Kanzleramt, handelte er auf dem Europa-Gipfel in Den Haag Anfang Dezember 1969 dem zögernden französischen Staatspräsidenten Georges Pompidou die Zustimmung zur Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien über dessen Beitritt zur EG ab. Es war, erinnert sich Brandt, am Rande eines Essens, zu dem die niederländische Königin Juliana die Europarunde in ihr Stadtschloß geladen hatte. Abseits von den anderen arrangierten sich der Deutsche und der Franzose.

Dann wandte sich Pompidou dem belgischen Ministerpräsidenten Gaston Eyskens und dessen luxemburgischen Kollegen Pierre Werner zu, die „uns bei unserem Gespräch interessiert beobachtet hatten“, und bekräftigte seine Zusage „ehrenwörtlich“.

Wie bei Charles de Gaulle fand Brandt auch bei dessen Nachfolger trotz mancher Meinungsverschiedenheiten Verständnis für die Probleme der Deutschen, insbesondere für die Ostpolitik. Pompidou zum Bonner Kanzler: „In aller Aufrichtigkeit möchte ich Ihnen sagen, daß die französische Führung, besonders ich selber, zu denen gehört haben und gehören, die die Notwendigkeit Ihrer Ostpolitik am besten verstanden... haben.“ Und in aller Offenheit unterhielten sich die beiden Politiker über die Frage, die bis heute aktuell geblieben ist: Wie die Sowjet-Union reagieren werde, wenn in West-Europa Kommunisten ans Ruder kämen.

In seinem Buch protokollierte Brandt Pompidous Befürchtungen: Zwar spreche die Wahrscheinlichkeit für den Frieden, „man kann aber nicht die Hypothese ausschließen, daß man aufgrund politischer Wirren, in Jugoslawien zum Beispiel, oder auch durch eine kommunistische Machtergreifung in Italien, ja selbst in Frankreich, den sowjetischen Versuch erlebt, nach West-Europa vorzudringen“.

Wie es schon französischer Tradition entspricht, beklagte sich Pompidou bei Brandt regelmäßig über die Amerikaner. Er denke nicht daran, erzählte er einmal dem deutschen Regierungschef, „mich gegenüber Nixon wie ein

römischer Vasall gegenüber Cäsar zu verhalten“.

Auch Willy Brandt war mit mancher Europa-Entscheidung von US-Präsident Richard Nixon und dessen Außenminister Henry Kissinger nicht einverstanden. Etwa die Idee der beiden, 1973 zum „Jahr Europas“ zu erklären, war, so Brandt, „weder mit uns abgestimmt, noch konnte es sonst eine geglückte Operation genannt werden“. Und weiter: „Zur europäisch-amerikanischen Problematik empfing Nixon nicht auf der Welle, auf der zu senden ich bemüht war.“

Für den Entspannungspolitiker Nixon jedoch empfindet der Ostpolitiker Brandt, bei aller menschlicher Distanz,

Dem Bonner Beobachter fiel freilich auch auf, daß der Präsident „kaum bei völlig entspannt“ war: „Es blieb ein Schatten der Rastlosigkeit und Unsicherheit.“ Brandts Eindruck: Der Präsident habe „sich niemals völlig mit seiner Herkunft aus beengten Verhältnissen abgefunden“.

Manchmal erinnerte Nixon, „wenn er ein unterhaltendes Programm bei gesellschaftlichen Abenden im Weißen Haus ausrichtete“, seinen deutschen Gast „ein wenig zu sehr an routinierte Alleinunterhalter. Seine Auftritte waren ‚gekönt‘ – vielleicht ein wenig überinszeniert wie die Aufmärsche seiner White-House-Garde mit ihren Uniformen, die aus einer Provinz-Auf-



Paris-Besucher Brandt, Pompidou: Furcht vor Kommunisten, Klagen über Amerika

unverhohlene Bewunderung. „Ideologische Befangenheit“ bei der Analyse der Weltpolitik vermochte Brandt bei seinen häufigen Treffen nicht zu erkennen, ebensowenig jenes Streben nach einem „imaginären ‚Sieg‘ über den Weltgegner“, das so lange die amerikanische Politik gegenüber der Sowjet-Union beherrscht hatte. Den Besucher aus Deutschland „beeindruckte die sozusagen freie, flexible Außenpolitik Nixons“.

Auch widerspricht Brandt dem Klischee, der Präsident sei lediglich „Marionette seines außenpolitischen Hauptsekretärs“ Kissinger gewesen. Brandt:

Nixons „Autorität war zu sehen und zu fühlen, – und er brauchte sie nicht über Gebühr hervorzuheben, um sie glaubwürdig zu machen. Auch wenn der Harvard-Professor mit seinem Instinkt für das Notwendige und das Opportune den Präsidenten gelegentlich als sein ‚Instrument‘ betrachtet haben sollte, dann gelang es Nixon dennoch, sich gleichsam zum Herrn der Ideen zu machen, die ihm sein Vertrauter zutrug.“

führung der ‚Lustigen Witwe‘ zu stammen schienen“.

Nie hatte der Bundeskanzler Anlaß, sich über mangelnde Kooperationsbereitschaft des amerikanischen Präsidenten zu beklagen, sofern es um die Entspannungspolitik ging. Bis ins letzte Detail etwa ließ Nixon den Deutschen an seinen Erkenntnissen über Moskaus Vorgehen bei den Berliner Viermächte-Verhandlungen teilhaben. Die Russen wollten nach seiner Einschätzung „uns zu zwei Dritteln des Weges“ entgegenkommen, und er war sich mit dem Bundeskanzler darin einig, daß diese Ost-West-Runde schließlich zum Erfolg führen würde.

„Die Zusammenarbeit zwischen Nixon und mir“, resümiert Brandt, „war eine im ganzen harmonische Phase der deutsch-amerikanischen Beziehungen.“ Nur im Herbst 1973 ergaben sich im Zusammenhang mit dem Nahost-Krieg „Belastungen, die ernste Folgen hätten haben können“. Damals brach-

ten die Amerikaner von Luftstützpunkten und Häfen in der Bundesrepublik aus, ohne Bonn zu konsultieren, Waffen nach Israel. Brandt: „Wir konnten nicht hinnehmen, daß man uns (was wohl das amerikanische Unbehagen zeigte) zunächst nicht die Wahrheit sagte, als wir Waffenlieferungen feststellten.“

Washington reagierte auf deutsche Proteste zunächst heftig: „Man gab unseren Beamten sogar zu verstehen, aus amerikanischer Sicht verfüge die Bundesrepublik nur über beschränkte Souveränität.“ Später allerdings lenkte Nixon in einem Briefwechsel ein und „versprach für die Zukunft Konsultationen“.

Den Kurs der amerikanischen Weltmachtspolitik zweifelte Brandt – trotz schwerer politischer und moralischer Bedenken etwa gegen das Vietnam-Engagement der USA – niemals öffentlich an, solange er ein Staatsamt bekleidete. Staatsräson und Bündnisinteresse waren ihm wichtiger. In seinen Memoiren aber bekennt er:

„Die Art des amerikanischen Engagements mußte selbst den besten Freunden der Vereinigten Staaten moralische und politische Bedenken aufgeben. Ich will jedoch nicht den Eindruck erwecken, ich hätte dies auch in den vorausgegangenen Jahren immer so gesagt. Vietnam war für mich ein Bereich, über den ich einfach nicht genug wußte; vielleicht wollte ich auch nicht genug wissen, weil mich dies in einen Konflikt mit der amerikanischen Politik gebracht hätte, auf die ich als Berliner Bürgermeister, aber auch in der Zeit danach in starkem Maße angewiesen war.“

Des Kanzlers Dilemma bestand darin, daß „es sozusagen ‚nicht zu verantworten‘ schien, in unserer Lage eine offene kritische Haltung gegenüber unserer wichtigsten Garantmacht in mir aufkommen zu lassen. Solche Vorgänge gleichsam inneren Denkverbots sind wahrscheinlich häufiger, als man gemeinhin annimmt.“

Brandt glaubte nicht zuletzt deshalb seine Zweifel unterdrücken zu müssen, weil er ohne die rückhaltlose Unterstützung Amerikas sein großes Ziel, den Dauerkonflikt mit der anderen Weltmacht zu bereinigen, nicht erreichen konnte. Bei seiner Wendung gen Osten mußte er sich den Rücken unbedingt freihalten, wenn sein gewagter Versuch eine Chance haben sollte.

Dabei kam ihm zustatten, daß es ihm bei aller politisch-ideologischen Distanz vergleichsweise leichtfiel, persönlichen Kontakt zu seinem entscheidenden Gegenspieler, KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew, zu finden. Zwar ging es beim ersten Treffen der beiden Politiker im August 1970 in Moskau noch recht förmlich zu – schließlich stand die von protokollarischen Zwängen begleitete Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages an.

Aber schon bei der zweiten, zwanglosen Begegnung im September 1971

Eine Information über Menzolit:

Der Werkstoff, der ganze Produktionsstufen einspart.

Noch immer bleiben unzählige Möglichkeiten der Kostenersparnis ungenützt, weil der ständige Umgang mit modernen GFK-Technologien ungewohnt ist. Das gesunde Mißtrauen gegenüber neuen Werkstoffen sollte aber Kostensenkung und Produktverbesserung in der Großserienfertigung des Fahrzeug- und Maschinenbaus, der Elektro-, Bau- und Möbelindustrie nicht verhindern. Deshalb geben die Menzolit-Werke (größter Hersteller und Verarbeiter von vorimprägnierten Polyesterharzmatten – Prepreg, SMC – in Europa) mehr Informationen über Menzolit.

Menzolit-Vorteil 1: Die hohe mechanische Festigkeit von GFK

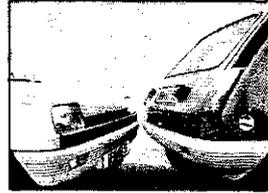
Die physikalischen, chemischen und elektrischen Eigenschaften sind auf jede Aufgabe einstellbar. Dabei erreicht Menzolit bei einem spezifischen Gewicht von nur 1,75 g/cm³ physikalische Werte, die den Einsatz von GFK anstelle von Gußteilen und Schweißkonstruktionen ermöglichen:

Elastizitätsmodul bis 12 000 N/mm² (ca. 120 000 kp/cm²)
Biegefestigkeit bis 200 N/mm² (ca. 2 000 kp/cm²)
Druckfestigkeit bis 150 N/mm² (ca. 1 500 kp/cm²)
Schlagzähigkeit bis 110 kJ/m² (ca. 110 kpcm/cm²)
Wärmeformbeständigkeit nach Martens bis über 250°C selbstverlöschend oder nicht brennbar einzustellen.

Kostenvorteil 1: Einsparung von Bearbeitungszeiten und ganzen Produktionsstufen

Menzolit-Teile werden in der Regel in einem einzigen Arbeitsgang fertig gepreßt. Dabei werden alle Bohrungen, Gewinde, Lagerbolzen, Durchbrüche usw. gleich mit gesetzt. Die nächsten Einsparungen erfolgen bei der Oberflächenbehandlung. Denn Menzolit ist absolut korrosionsfest und braucht keine „Schutzschichten“. Es kann durch und durch in 250 Standardtönen gefärbt werden.

Eine der wichtigsten Einsparungsmöglichkeiten liegt in der Konstruktion von GFK-Teilen. Durch die Zusammenfassung von Einzelbauteilen und ganzen Montagegruppen zu einem einzigen Preßteil kann der für die Kalkulation wichtige Faktor Werkzeugkosten meist ausgeglichen werden. Ein gutes Beispiel dafür ist die Zusammenfassung von Stoßfängerfunktion mit Leuchten, Blinker- und Rückstrahlergehäuse, Lufteinlaßgrill und



Nummernschild-Aufnahme bei den Renault-5-Front- und Heckpartien.

In Menzolit steckt die ganze GFK-Erfahrung

Von Anfang an beschäftigen sich die Menzolit-Werke ausschließlich mit der Entwicklung, Herstellung und Verarbeitung von vorimprägnierten Polyesterharzmatten. Heute steht das umfassende Know-how von Menzolit jedem Interessenten zur Verfügung.

Menzolit-Service 1: Die Beratung

Sprechen Sie mit Menzolit-Verfahreningenieuren über Ihre technischen Probleme und über die wirtschaftliche Seite.

Menzolit-Service 2: Die Teilekonstruktion

Menzolit hat die Erfahrung bei der Teilekonstruktion aus tausenden von Teilen aller Industriezweige. Das neu eingerichtete Konstruktionsbüro kann Ihnen schnell und zuverlässig die konstruktiv und wirtschaftlich günstigsten Wege vorschlagen.

Menzolit-Service 3: Entwicklung und Versuch

Menzolit hat sich noch nie gescheut, technologisches Neuland zu betreten und neue Rezepturen für neue Einsatzbereiche zu entwickeln. Geben Sie unserem Forschungslabor eine neue Aufgabe! Eines der bekanntesten Beispiele war die Entwicklung von MENZOLIT HMF – eingestellt auf die Europeanorm für PKW-Stoßfänger.

Menzolit-Service 4: Werkzeugkonstruktion und Werkzeugbau

Auch hier spielt das Know-how eine gewichtige Rolle, wenn nicht die wichtigste überhaupt. Davon hängt Genauigkeit, Ausschubminimierung und problemlose Serienfertigung ab. Menzolit berät bei der Konstruktion

und Werkzeugherstellung oder übernimmt beides in eigener Regie, schnell und zuverlässig.

Menzolit-Service 5: Teileproduktion ohne Investitions-Risiko

Sie brauchen keine eigene Presserei für die Produktion Ihrer Teile. Menzolit hat zwei Pressereien, die für Menzolit-Kunden die Serienfertigung im Lohnauftrag übernehmen.

Menzolit-Service 6: Projektierung Ihrer GFK-Teile-Produktion

Menzolit plant mit Ihnen zusammen den Aufbau eigener Pressereien nach dem neuesten Erfahrungsstand. Die führende Marktstellung von Menzolit in Europa und die umfassende Erfahrung sorgen für optimale Produktionsabläufe.

Menzolit-Service 7: Auslands-Lizenzen

Menzolit wird bereits in Italien, Spanien und der CSSR in Lizenz hergestellt. Weitere Lizenzverträge stehen vor dem Abschluß. Menzolit behält sein umfassendes Know-how im Bereich der Herstellung von vorimprägnierten Polyesterharzmatten nicht für sich, sondern projiziert im Ausland Anlagen für die Herstellung von Menzolit und liefert die speziell dafür entwickelten Maschinen an die Lizenznehmer.

Menzolit gibt auch alle anderen Erfahrungen, vor allem im Bereich der Menzolit-Verarbeitung weiter, liefert die Werkzeuge und Produktionsanlagen.

Menzolit-Info-Scheck

Wir interessieren uns auch für

- die Menzolit-Kostenvorteile 2 und 3
- alle technischen Daten
- chemische Beständigkeit
- Menzolit-Beratung

Name/Firma _____

Ort _____

Straße
MENZOLIT-WERKE
Albert Schmidt GmbH & Co. KG
D-7527 Kraichtal-Menzingen
Tel. (07250) 347, Tx. 07822 240

menzolit

auf der Krim gingen die beiden ungewollt miteinander um.

Mit Behagen erzählt der SPD-Vorsitzende in seinen Memoiren vom Empfang, den ihm der Sowjetführer im September 1971 auf dem Krim-Flughafen Simferopol bereitet. Vor der Weiterfahrt zu Breschnews Feriensitz Oreanda komplimentierte der Gastgeber den Besucher aus Bonn zu einem „kleinen Imbiß in einer Art von VIP-Gebäude“. Nach guter russischer Sitte wurde daraus eine „mehrstündige Bewirtung, die durch eine aufgelockerte Unterhaltung begleitet war“ – und reichlich Alkohol. Brandt: „Es mag sein, daß auch die Trinkfestigkeit der Gäste erprobt werden sollte. Wenn ja, habe ich den Test gut bestanden.“

Die Herren erzählten sich Witze. Der Bundeskanzler trug einen seiner Standardscherze vor: Der Unterschied zwischen Kapitalismus und Kommunismus liege darin, daß im Kapitalismus der Mensch durch den Menschen ausgebeutet werde, im Kommunismus sei es umgekehrt.

Der KP-Chef revanchierte sich mit einer Breschnew-Anekdote: Beim Besuch einer Kolchose im Kaukasus habe er von den Wohltaten des nächsten Fünf-Jahr-Planes gesprochen, für die Kinder werde es jeden Tag Milch geben, für alle Fleisch am Sonntag, einmal im Jahr ein Paar Schuhe für jeden und zweimal im Jahr für die Frauen Stoff für ein Kleid. Der Kreml-Herr, laut Brandt: „Meldet sich hinten im Saal eine alte Bäuerin, ob sie eine Frage stellen dürfe: habe ich Sie richtig verstanden, Gospodin Generalsekretär, daß es wieder ungefähr so werden wird wie unter Väterchen Zar?“

Breschnews offenerherzige Selbstdarstellung gefiel dem Bonner Regierungschef, der schon immer eine Vorliebe für solche Art von Geselligkeit hatte. In Brandts Urteil über den obersten Sowjet-Menschen wird Sympathie spürbar: Er empfand ihn als „vital“, „impulsiv“: „Anflüge von Gefühlswallungen gaben sich dann und wann zu erkennen: ebenso, wenn man so will, eine ‚russische Seele‘, die sich auch rascher Tränen nicht schämt.“

Das politische Geschäft freilich blieb für den Kanzler mühsam genug: Über sein erstes Zusammentreffen mit Leonid Breschnew im August 1970 notiert er: „Auf mich wirkte er etwas abwartend, und er war über weite Strecken an seine schriftlichen Unterlagen gebunden, aus denen er ganze Passagen vortrug.“

Auch kam die Neigung der Sowjet-Führer, Gespräche mit ein- bis zweistündigen Monologen einzuleiten, Brandts Verhandlungsstil gar nicht entgegen. Und Antworten auf eigene Fragen bekam er in manchen Fällen erst nach Jahresfrist.

1970 in Moskau hatte er von Sowjet-Premier Kossygin wissen wollen, ob die Sowjets nach Abschluß der Verträge noch an einer Forderung nach deutschen Reparationen festhalten würden. Brandt: „Zu diesem Thema, das in Moskau unbeantwortet blieb, ließ man mich im nächsten Jahr auf der Krim wissen, für die Sowjet-Union, stehe die Frage nicht an“. Es wurde erläutert, mit dem Moskau-Vertrag sei ein Verhältnis erreicht, das politisch solche Forderungen an die Bundesrepublik nicht mehr erlaube.“

Während der mehr als 16stündigen Oreanda-Gespräche – unterbrochen von Boots- und Badetouren – fragte Breschnew den Kanzler mehrmals drängend, wie es um die Ratifizierung des deutsch-sowjetischen Vertrages im Bonner Parlament stehe. Besorgt meinte der Kreml-Obere, das Verfahren gehe doch recht langsam voran. Dann gab er dem Deutschen zu verstehen, daß er sich selbst unter einem gewissen Druck fühle.

Brandt zitiert den Sowjet-Führer in seinen Memoiren: „In seinem Land gebe es keine Opposition, aber im Volk sei eine gewisse Erwartung und Wachsamkeit vorhanden. Man stelle fest, daß die Führung rede, aber der Vertrag sei noch nicht ratifiziert. Zwar würden noch keine direkten Fragen gestellt, aber die Führung wisse, daß über diese Dinge im Volk gesprochen werde.“

Auch der Bundeskanzler war neugierig und bat den Gastgeber, er möge ihn doch „an seiner Beurteilung“ des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses teilhaben lassen. Breschnew zierte sich, das sei „ein schwieriges Thema“, er wolle darüber bis zum nächsten Morgen nachdenken. Aber auch tags darauf mußte Brandt wieder das Stichwort



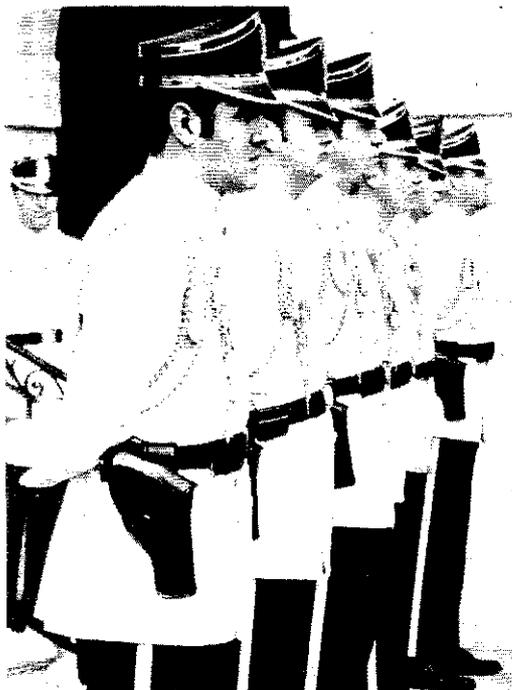
USA-Besucher Brandt, Nixon
Ein Schatten der Fastlosigkeit

geben, ehe sich der Generalsekretär entschloß, über Peking zu sprechen – dann aber gleich eine ganze Stunde lang.

Brandt referiert: „Summa summarum: Es sei sehr schwer, die Chinesen zu verstehen, ihre Denkvorgänge, Dispositionen und Verhaltensweisen könnten von einem Europäer kaum begriffen werden.“ Dann beschwerte sich der Russe ausführlich über den Chauvinismus der Chinesen, beruhigte sich aber, so Brandt, mit dem Hinweis: Eine „militärische Gefahr sei von dort in nächster Zeit nicht zu erwarten“.

Breschnews zeitraubender, ausladender Verhandlungsstil, den Brandt auch beim Besuch des Sowjet-Führers im Mai 1973 in Bonn erlebte, machte den von Terminen gestreßten Bundeskanzler nachdenklich. Er hätte zu gern erfahren, „woher die sowjetischen Führer die viele Zeit nehmen, die sie für Gespräche mit ausländischen Besuchern zur Verfügung haben; wie das Land regiert wird, wenn der erste Mann längere Reisen macht; wie eine überalterte Führungsgruppe meint, ihr Generationsproblem lösen zu können“.

Für den Politiker Brandt, daran läßt er in seinen Erinnerungen keinen Zweifel, war der Ausgleich mit der Sowjet-Union Voraussetzung dafür, auch mit der DDR und den anderen osteuropäischen Staaten, vor allem mit Polen, voranzukommen. Doch während er sich beim Geschäft mit Moskau von einer nüchternen Einschät-



White-House-Garde in Washington
Wie eine Provinzaufführung

zung der Machtlage im Ostblock bestimmen ließ, spielten bei seinen Kontakten mit den anderen Deutschen und mit Warschau Emotionen mit.

In seinem Bericht ist zu spüren, wie sehr ihn die spontanen Demonstrationen der Erfurter Bevölkerung „Willy Brandt ans Fenster!“ bei seinem ersten Treffen mit DDR-Premier Willi Stoph im März 1970 ergriffen haben:

„Ich war bewegt. Doch ich hatte das Geschick dieser Menschen zu bedenken: Ich würde anderntags wieder in Bonn sein, sie nicht... So mahnte ich durch eine Bewegung meiner Hände zur Zurückhaltung. Man hat mich verstanden. Die Masse wurde stumm. Mancher meiner Mitarbeiter hatte Tränen in den Augen. Ich fürchtete, hier könnten Hoffnungen wachsen, die sich nicht würden erfüllen lassen.“

Und er beschreibt auch, was ihn bewegte, beim Besuch in Warschau im Dezember desselben Jahres vor dem Denkmal für die Opfer des jüdischen Gettos niederzuknien:

„Der Kniefall von Warschau, den man in der ganzen Welt zur Kenntnis nahm, war nicht ‚geplant‘. Ich hatte mir freilich am frühen Morgen überlegt, daß es gelingen müsse, die Besonderheit des Gedenkens am Getto-Monument zum Ausdruck zu bringen. Ich sprach darüber mit niemandem. Unter der Last der jüngsten deutschen Geschichte tat ich, was Menschen tun, wenn die Worte versagen; so gedachte ich der Millionen Ermordeten.“

Bei seinen polnischen Gastgebern beobachtete der Bundeskanzler danach „eher Betroffenheit“:

„Man äußerte sich nicht, weder mittags noch am Abend... Doch am nächsten Morgen, im Auto, nahm mich Ministerpräsident Cyrankiewicz am Arm und sagte, vielen sei meine Geste sehr nahegegangen. Seine Frau habe abends mit einer Freundin in Wien telefoniert, sie hätten am Telefon bitterlich miteinander geweint.“

Zum erstenmal auch, seit er nicht mehr die Verantwortung für die Bonner Politik trägt, zieht Willy Brandt in seinen Erinnerungen ein Resümee, nicht frei von Enttäuschung. So empfindet er das Urteil des Karlsruher Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag mit der DDR in Teilen seiner Begründung „wirklichkeitsfremd“, insbesondere die Definition der innerdeutschen Grenze als „ähnlich denen, die zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland verlaufen“.

Noch heute ärgert ihn, daß die Ratifizierung des Vertrags mit Moskau im Bundestag nach seiner Meinung über Gebühr verzögert wurde. Zwischen Unterzeichnung und der Ratifizierung verstrichen fast zwei Jahre, weil die FDP dem Kanzler ein Berlin-Junktum aufzuzwingen hatte: Danach sollte der Bundestag den Vertrag erst verabschieden, wenn sich die vier Mächte über ein Berlin-Abkommen einig waren. Brandt heute:

„Mir ist freilich immer wieder durch den Kopf gegangen, ob die Chance (des Moskauer-Abkommens, d. Red.) von beiden Seiten gut genutzt worden ist. Ich fürchte, die Antwort muß ein Nein sein. Der Widerstand in der Bundesrepublik war größer, als es die öffentliche Meinung gerechtfertigt hätte. Der Streit um die Ratifizierung zog sich in die Länge. Auf sowjetischer Seite entstand Unsicherheit, ob der Vertrag überhaupt in Kraft treten würde.

Ein großer Versuch wurde so stark reduziert, daß er viel von seiner möglichen Wirkung verlor.“

Auch in der Westpolitik, vor allem in der Beziehung Europas zum Nahen Osten, erscheint ihm rückschauend manches fehlerhaft. So kritisiert er, daß die Zusammenarbeit der EG-Staaten im außerwirtschaftlichen Bereich im Frühjahr 1971 mit der heiklen Frage des israelisch-arabischen Konflikts begann: „Ich war nicht davon überzeugt, daß man gut beraten war, sich in der politischen Zusammenarbeit zunächst dieses Themas anzunehmen.“ Und als sich die neun EG-Staaten dann im Herbst 1973 öffentlich zum Nahost-Konflikt festlegten, mißfiel Brandt manches an Erklärungen, „mit denen ich, was einzelne Formulierungen angeht, nicht recht zufrieden war“.

Und auch nach seiner Kanzlerschaft



SPIEGEL-Titel 50/1973
„Kritik allzu eifriger Freunde“

sorgte er sich weiter um Bonns Außenpolitik. Er fand es unklug, daß die Bundesrepublik im Dezember 1974 in den Vereinten Nationen gegen eine Charta zur Neuordnung des Welthandels gestimmt und sich damit in Gegensatz zu den Ländern der Dritten Welt gesetzt hatte.

Als er dann im Frühjahr 1975 einen der Wortführer dieser Gruppe, Mexikos Staatspräsidenten Luis Echeverría, besuchte, hielt dieser ihm Bonns negatives Votum vor. Brandt in seinen Erinnerungen mit deutlicher Spitze gegen den FDP-Außenminister Genschler: „Ich war von der Klugheit dieses Votums nicht überzeugt – schon gar nicht von der weltfremden These, die mir ein prinzipienfestes Ministerium mit auf den Weg (nach Mexiko, d. Red.) gegeben hatte, daß dem Prinzip der ‚freien‘ Wirtschaft zuliebe eine Neuordnung auf den Rohstoffmärkten abzulehnen sei.“

Die eigenen Genossen verschont Brandt ebenfalls nicht. Er rügt, und er kann damit nur seine damaligen Parteistellvertreter Herbert Wehner und

Helmut Schmidt meinen, die innerparteilichen Querelen vor den Bundestagswahlen 1972: „Einige meiner Parteifreunde schienen sich mit ihren Gedanken mehr damit zu beschäftigen, wie nach den verlorenen Wahlen die Schuld zu verteilen sei, als mit der wichtigeren Aufgabe, die Wahlen zu gewinnen. Rückschauend sagte ich nicht ohne Bitterkeit: ‚Im Sommer und im Frühherbst hat es nicht an Weggenossen gefehlt, die... ihre Argumente für den anderen Ausgang und für das dann vermutete Schlachtfest zurechtlegten.““

Selbstvorwürfe machte sich Brandt, daß er seinerzeit nach dem Rücktritt seines Finanzminister Alex Möller dem „sehr begabten, aber auch egozentrischen“ Karl Schiller neben dem Wirtschafts- auch das Finanzressort gab; doch: „Auf langjährige Weggefährten werfe ich keine Steine, auch dann nicht, wenn sie mich enttäuscht haben.“

Als Fehler erscheint ihm heute auch, daß er zu Beginn seiner zweiten Kanzlerschaft Ende 1972 den Kreis seiner engsten Mitarbeiter „stärker veränderte, als es geboten gewesen wäre“: Er setzte den Kanzleramtschef Horst Ehmke durch den Berliner Bundesdenkmalrat Horst Grabert. Resigniert räumt er ein: „Vermutlich wandte ich mich nicht energisch genug gegen die Unvernunft einiger, die im Begriff waren, den Wahlsieg zu verwirrfachen.“ Aber: „Natürlich bleibt eine Partei in der Regierung... nicht frei von Verschleißerscheinungen.“

Schließlich läßt der Autor unverhohlen seine Distanz zu Industriellen erkennen. Für ihn war „der allgemeinpolitische Verstand unserer Unternehmer... noch nie besonders eindrucksvoll; ihr Niveau unterschied sich bei vielen nicht wesentlich von jenem aufgeregter Kleinbürger“.

Rezessions-Angst als Folge der Ölkrise, personelle Fehlentscheidungen, Ärger mit der eigenen Partei, ein heraufziehender Tarif-Konflikt mit der mächtigen Gewerkschaft ÖTV – dies alles ließ Willy Brandt an seinem 60. Geburtstag am 18. Dezember 1973 erstmals spüren, „daß die Luft, in der ich zu wirken hatte, dünner geworden war“: „Das Bild (gemeint ist der SPIEGEL-Titel 50/1973, d. Red.), auf dem ich als Denkmal erschien, war nicht von Feinden, nicht einmal von Gegnern, sondern von der Kritik allzu eifriger Freunde entworfen: Das Monument schien zur Beschädigung einzuladen.“

Bis zu seinem Rücktritt, ausgelöst durch den Fall Guillaume, waren es nur noch fünf Monate. In seine Memoiren schrieb er die bittere Erkenntnis: „Wer sich in der politischen Führung nicht rechtzeitig zu wehren weiß, kommt unter die Räder.“